

**(- Es gilt das gesprochene Wort -)**

**Etatrede  
von Bürgermeister Dr. Eberhard Fennel  
zur Einbringung des Grundhaushaltes 2006  
- erstmals in der Form eines doppischen Haushaltes –**

**in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am Mittwoch, 16. November 2005 , 18.00 Uhr,  
Rathaus Hünfeld**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie bei der Einbringung des Entwurfs für den Haushaltsplan **2005** angekündigt, beginnt mit der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine neue Ära.

**1. Erster doppischer Konzern-Haushalt in der Stadt Hünfeld**

Der Magistrat präsentiert Ihnen erstmals den Entwurf eines Budgets auf der Grundlage des kaufmännischen Rechnungswesens, einen sogenannten doppischen Haushaltsplan für das Jahr 2006.

Das dies gelungen ist, stellt in vielerlei Hinsicht eine großartige Leistung unserer Verwaltung dar.

Hünfeld wird wieder ein Mal seinem Ruf gerecht, Vorreiter zu sein: Dies gilt insbesondere für die Qualität dieses ersten doppischen Haushaltes.

Ich möchte hierfür ganz herzlichen Dank sagen, allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hierzu beigetragen haben.

Es galt viel Grundlagenarbeit zu leisten, bezogen auf die Erfassung unseres Vermögens und seine Bewertung, die Feststellung des Abschreibungsbedarfs, aber auch unserer Verpflichtungen, wie z. B. die zur Versorgung von Beamten und Hinterbliebenen.

All' diese Ergebnisse gehen in die Eröffnungsbilanz ein, die Ihnen im ersten Halbjahr 2006 vorgelegt werden wird.

Bedingt durch die Tatsache, dass wir in den zurückliegenden Jahren stets Einnahmen und Ausgaben im Einklang gehalten und Investitionen unter Ausschöpfung von Zuschüssen und sonstigen Einnahme-Möglichkeiten getätigt haben, kann ich Ihnen schon jetzt verraten: die Stadt Hünfeld verfügt über eine blitzsaubere Bilanz mit einer äußerst günstigen Eigenkapital-Ausstattung. Dazu trägt in besonderer Weise das Vermögen bzw. Kapital in unserem „kleinen Konzern Stadt Hünfeld“ bei, weil dieses weitgehend bilanzwirksam ist.

Eine kommunale Eröffnungsbilanz beinhaltet Gestaltungsspielraum; ein hohes Eigenkapital muss nicht unbedingt Zukunftsfähigkeit aussagen. Nach unserem Selbstverständnis haben wir unser Anlagevermögen eher vorsichtig bewertet. Wer sich reich rechnet, muss dann, bezogen auf abschreibungspflichtige Vermögensgegenstände, in den jährlichen Ergebnis-Haushalten einen hohen Abschreibungsbedarf verkraften.

Auch die Qualität des Eigenkapitals der Kommunen wird sich sehr unterschiedlich darstellen. Leicht nachvollziehbar ist für jeden die praktische Unmöglichkeit, z. B. das Vermögen an Gemeindestraßen, Sport- und Spielplätzen dafür zu nutzen, Pensionsverpflichtungen zu finanzieren.

Anders sieht es zum Beispiel aus, wenn man werthaltige Baugrundstücke, teilweise mit Erschließungsvorleistungen, verfügbar hat und dann noch, so wie wir dies bereits im ersten doppelhaushalt tun können, stille Reserven aktivieren kann.

So viel als Vorschau auf die Eröffnungsbilanz.

Natürlich wird der erste doppelhaushalt 2006, der Einstieghaushalt, z. B. aufgrund der noch nicht vollständig abgeschlossenen Vermögensbewertung, einiger noch klärungsbedürftiger Bewertungsfragen sowie der erst im Jahr 2005 zum Abschluss kommenden Investitionsmaßnahmen im kommenden Jahr durch einen Nachtrag Veränderungen erfahren.

Dies bedeutet allerdings keine Einschränkung bezogen auf die relativ hohe Einstiegsqualität dieser Budget-Vorlage.

Die Ihnen auf MS-Project-Basis vorgestellte Ablaufplanung, wurde, wenn auch mit erheblichen Strapazen, eingehalten. Ich danke hierfür allen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern in ihren unterschiedlichen Verantwortungsbereichen. Ich danke besonders den Fachbereichs- und den Fachdienstleitern und der EDV-Abteilung. Hervorheben darf ich den Leiter unseres Fachbereiches „*Steuerungsunterstützung/ Service*“, Herrn Oberamtsrat Stefan Schubert, ihm oblag die Gesamtprojektsteuerung. Er hat persönlich bis zur letzten Minute in hohem Maße Detail-Arbeit geleistet und immer wieder die 900 Seiten des Plan-Entwurfs am Bildschirm auf Richtigkeit, oder zumindest Schlüssigkeit, überprüft.

## **2. Die Rahmenbedingungen unseres kommunalen Handelns**

Erneut möchte ich einige Hinweise zu den allgemeinen Rahmenbedingungen geben, soweit sie unter Berücksichtigung der gerade abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen in Berlin mit den Auswirkungen auf die Kommunal-Finanzen im allgemeinen und auf die finanzielle Situation der Stadt Hünfeld überhaupt überschaubar sind.

Unverändert lauten die Zeitungs-Überschriften zur Situation, bezogen auf den Bund, wie

„... *Beim Sparen keine Tabus ..*“ so in der Hünfelder Zeitung am 26.10.2005 ..- Ich zitiere: „... *Heulen und Zähneklappern werden in Deutschland ausbrechen..*“ hatte der Hessische Ministerpräsident Roland Koch vor der Spitzenrunde der Koalitionsverhandlungen vorhergesagt.

Bezogen auf das Land zitiere ich aus der HZ vom 15.10.2005 „... *Milliardenloch im Landeshaushalt... - Entwurf erneut verfassungswidrig ..- Neuverschuldung steigt...*“

Ähnlich könnten die Überschriften zu anderen Landeshaushalten in Deutschland lauten - die Überschrift im Rheinischen Merkur „... *Gemeinsam pleite ...*“ vor der Bundestagswahl hat nichts an Aktualität verloren.

Sie bezog sich auf den Bund, die Länder und die Mehrzahl der Kommunen.

Es muss sich erst zeigen, ob die in der großen Koalition verabredeten Reformen und Zukunfts-Investitionen die Einnahmen des Staates als Folge eines stärkeren Wachstums wirklich verbessern. Es bleibt perspektivisch bei der gewaltigen Verschuldung. Wesentliche notwendige Zukunftsreformen im Gesundheitswesen und der Pflegeversicherung wurden zunächst vertagt und auch die vorgesehenen Veränderungen bei der Rentenversicherung greifen nicht weit genug.

Nach wie vor besteht bei vielen Kommunalpolitikern große Skepsis hinsichtlich einer hinreichenden Reformfähigkeit dieser Koalition, bezogen auf die kommunalen Sozialkosten, die vor allem auf Bundesgesetze zurückgehen. Durch diese Leistungsgesetze kommen die Kreise in immer höhere Defizite, die letztlich von uns, den Kommunen, über die Kreisumlage gezahlt werden müssen.

Dies soll jedoch keine allgemeine Kritik an den vorliegenden Koalitionsverhandlungen darstellen. Deren Zielsetzung ist es durchaus, die kommunalen Finanzen auf eine solide Basis zu stellen. Eine Verabredung darin erscheint mir insofern besonders wichtig:

Ich zitiere aus den Bewertungen des Koalitionsvertrages aus kommunaler Sicht durch die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschland:

**„ ... . 3. Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ einhalten**

*Die direkte Übertragung kostenintensiver Aufgaben ohne Mehrbelastungsausgleich seitens des Bundes hat entscheidend zur anhaltenden kommunalen Finanzmisere beigetragen.*

*Der Koalitionsvertrag sieht durch die darin enthaltene Föderalismusreform den Schutz der Kommunen vor den finanziellen Folgewirkungen der Gesetzgebung des Bundes vor. Das Grundgesetz wird um folgenden Satz ergänzt (Art. 84, 85):*

**„Durch Bundesgesetz dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden.“**

*Durch die Unterbindung des direkten Bundesdurchgriffs auf die Kommunen ist das von den Kommunen seit Jahren geforderte Konnexitätsprinzip grundsätzlich erreicht.....“*

Der vorliegende Etat des Landkreises Fulda mit einem Haushalts-Defizit von über 17 Mio. Euro zeigt weitere gewaltige Kostenexplosionen im Bereich des Sozialertrags, insbesondere aber im Bereich der Jugendhilfe.

Die Auswirkung der Thematik „**Hartz IV**“ auf die kommunalen Haushalte ist mittelfristig völlig ungewiss. Es gibt keine Erkenntnisse dafür, dass Fehlentwicklungen im Bereich der sozialen Leistungsgesetze der letzten Jahre, wie etwa das Grundsicherungsgesetz, oder Regelungen im Bereich der Jugendhilfe in dieser Legislaturperiode wirklich energisch, nachhaltig und konsequent auf das bezahlbare Maß zurückgeführt werden.

Warum muss diese Entwicklung bei einer kreisangehörigen Stadt wie Hünfeld bei einer Bewertung der Haushaltssituation und der Haushaltsperspektiven eingebunden werden?

Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus dem Kreishaushalt und der dort ausgewiesenen Fehlbedarfsentwicklung von ca. 6,16 Mio. Euro im Jahr 2004 auf nunmehr annähernd 17,4 Mio. Euro im Jahr 2006.

Die Notwendigkeit eines solchen Finanzbedarfs unterstellt, müsste der Kreis zum Haushaltsausgleich in den kommenden Jahren nicht nur um die zunächst angestrebten 2 %, sondern um fast 14 % auf 55 % die Kreisumlage anheben. Dies auf der Grundlage der finanziellen Rahmenbedingungen des Jahres 2006. Hinzu kommt die Schulumlage mit 8 %-Punkten.

Die Kommunalaufsicht beim Innenminister des Landes hat sich eine Zielmarke von 58 %-Punkten Kreis- und Schulumlage für notwendige Weisungen zum Ausgleich von defizitären Kreishaushalten gesetzt.

Für unsere Stadt würde eine solche Entwicklung zu einer völligen Erdrosselung der kommunalen Selbstverwaltung führen. Bei den meisten Kommunen, die jetzt schon defizitär sind, würde es noch schlimmer aussehen. Selbst mit der Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten, der Streichung aller freiwilligen Leistungen für Vereine und Verbände, mit einem AUS für kulturelle Angebote und Einrichtungen, mit einer Verdoppelung der Elternbeiträge für Kinderbetreuungseinrichtungen, wäre eine solche dramatische Entwicklung des Finanzbedarfes des Landkreises Fulda nicht mehr finanzierbar.

Da der Landkreis Fulda die Schlüsselzuweisungen fast völlig für den Landeswohlfahrtsverband benötigt, muss nahezu jeder Euro, den der Landkreis, ob als Pflichtaufgabe oder als freiwillige Leistung, ausgibt, aus der Tasche der kreisangehörigen Kommunen bezahlt werden.

Es ist unbestreitbar, der größte Teil der Finanzierungslast der Landkreise geht auf Bundes-, teilweise auch auf Landesgesetze, zurück.

Gleichwohl müssen die Landkreise, und muss auch unser Landkreis, tiefgreifende Konsolidierungsmaßnahmen einleiten und zeitnah umsetzen. Auf allen kommunalen Ebenen darf es keine Tabus geben, auch wenn es „*Heulen und Zähneklappern*“ gibt, um das Zitat unseres Ministerpräsidenten aufzugreifen.

Dies erfordert in den kommenden Jahren auf Kreisebene umfassende tiefgreifende Reformen, mit der Schaffung dynamischer, transparenter, sparsamer und schlanker Verwaltungsstrukturen. Dabei sind völlig zentrale Aufgabenwahrnehmungen nicht immer wirtschaftlicher als dezentrale Komponenten. Dies sage ich mit Blick auf die Außenstelle der Kreisverwaltung in Hünfeld.

Der Landkreis muss in vielen Bereichen erst die eigene Situation transparent machen, sie kaufmännisch aufbereiten und er muss auf der Grundlage eines Kennziffern-Systems zu einem inneren und äußeren Betriebsvergleich, als Grundlage für Einspar-Überlegungen, kommen.

Dabei dürfte es in Hessen kaum Landkreise geben, die unserem Landkreis als Vorbilder dienen können. Der Kreis Fulda ist eher Vorbild für andere Kreise. Der länderübergreifende Vergleich des Hessischen Finanzministeriums hat aber gezeigt, in anderen Bundesländern wird in den Landkreisen vielfach wirtschaftlicher gearbeitet. Unser Ministerpräsident hat hierauf hingewiesen.

Die aktuelle Haushaltslage ist in den einzelnen Städten und Gemeinden sehr unterschiedlich. Die grundsätzlichen Finanzkraft-Unterschiede sind vor allem geprägt von der Einkommens- und Gewerbesteuer. Die unterschiedliche objektive Bedarfslage ergibt sich vor allem aus zentralörtlichen Funktionen und der Flächen-Thematik.

Die teilweise deutlich gestiegenen Gewerbesteuer-Einnahmen, die vor allem, wie auch in Hünfeld, auf Nachzahlungen zurückgehen, sind der Grund für die unterschiedlichen Schlagzeilen, die gegenwärtig die Haushaltseinbringungen im Landkreis Fulda kennzeichnen: *„Ein kräftiges Plus bei der Gewerbesteuer“* – *„Burghaun nimmt gut 920.000,-- Euro mehr ein“* - *„Flieden schnallt den Gürtel enger..“*, und *„... Von vielen Wünschen verabschieden“* - *„...Nachtrags-Etat 2005 passiert Großenlüderer Parlament“* oder *„Defizit wird langsam geringer ...“* ..... so Fuldas Oberbürgermeister oder *„... Es sind keine großen Sprünge möglich...“*, Bürgermeister Karl-Josef Schwiddessen in Petersberg.

Ich schließe diese Betrachtung mit einer Überschrift des Gemeindefinanzberichts 2005 des Deutschen Städtetages ab: *„Keine Entwarnung trotz gestärkter Gewerbesteuer“* ... dort heißt es dann weiter *„... ist die Finanzlage der Städte nach wie vor außerordentlich kritisch, insbesondere in Städten, die mit hochgradig defizitären Verwaltungshaushalten in das Jahr 2004 gegangen sind. Nach den zum Teil noch vorläufigen Ergebnissen der Jahresrechnung 2004 summieren sich die Defizite in den Verwaltungshaushalten allein dieser Städte in 2004, wie schon in 2003, auf 9,1 Milliarden Euro...“*

Trotz der teilweise wiedererstarteten Gewerbesteuer gibt es also keine Entwarnung für die städtischen Finanzen.

Ich füge hinzu, bis auf wenige Ausnahmen sind all dies Zahlen kameraler Haushalte. Sie stellen noch lange nicht die wirkliche Finanzlage der Städte dar, wie sie erst im doppelten Haushalt sichtbar werden.

### 3. Ausgeglichener kameraler Haushalt - Fehlbedarf beim doppischen Ergebnis-Haushalt

Hätten wir nicht zum 01.01.2006 auf den doppischen Haushaltsplan umgestellt, würde ich jetzt mit folgendem Satz fortfahren: „Der Magistrat kann Ihnen erneut einen ausgeglichenen Haushaltsplan-Entwurf für das Jahr 2006 zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Damit gehören wir weiter zu der Minderheit der deutschen Städte mit zentralörtlichen Funktionen, die noch kein Defizit ausweisen müssen.

Diese Leistung ist umso höher einzustufen, da Hünfeld nunmehr im 8. Jahr von der Finanzkraft-Garantie im Kommunalen Finanzausgleich leben muss.“

Der doppische Haushalt zeigt aber ein anderes Bild.

Der durch den Magistrat vorgelegte Entwurf des Ergebnis-Haushaltes für das Jahr 2006 schließt mit Erträgen in Höhe von 19.086.759,-- Euro sowie Aufwendungen in Höhe von 19.168.605,-- Euro und somit mit einem Fehlbedarf in Höhe von 81.846,-- Euro ab.

Der Fehlbedarf ist auf die erstmalige weitgehende, allerdings noch nicht vollständige, Darstellung von Abschreibungen in Höhe 1.720.785,-- Euro, bezogen auf die Vermögensgegenstände zurück zu führen. Diese finden sich in der Eröffnungsbilanz der Stadt Hünfeld. Unter Berücksichtigung der Auflösung von Sonderposten in Höhe von 320.152,-- Euro ergibt sich eine zusätzliche Haushaltsbelastung von zur Zeit netto rund 1,4 Mio. Euro.

Der Ergebnis-Haushalt zeigt insofern auf, dass wir den Ressourcenverbrauch aus der Nutzung des vorhandenen Vermögens gegenwärtig nicht in voller Höhe erwirtschaften können. Der Fehlbetrag ist vergleichsweise **außerordentlich** gering, wie wir aufgrund der Kenntnis von Zahlen anderer Städte wissen, die ebenfalls bereits einen doppischen Haushalt haben.

Viele andere Städte beneiden uns um diesen, **wirklich hervorragenden**, ersten Ergebnis-Haushalt. Dies besonders angesichts unserer gewaltigen Investitionen in den zurückliegenden Jahren bei gleichzeitiger Finanzschwäche. Dies kann uns jedoch nicht mit Gelassenheit erfüllen. **Warum?**

Wie dramatisch sich eine Anhebung des Kreisumlagehebesatzes auf unseren Haushalt auswirkt, wird an der Steigerung des Fehlbedarfs jeweils um rund 106.000,-- Euro pro Prozentpunkt deutlich.

Sollten die **zwei Prozent Erhöhungspunkte im Kreishaushalt 2006** tatsächlich umgesetzt werden, **würde sich unser Fehlbetrag im Ergebnishaushalt mehr als verdreifachen**.

Würde der Landkreis seinen gesamten prognostizierten Fehlbedarf ausgleichen, wäre die Stadt Hünfeld finanziell handlungsunfähig.

Unser Defizit würde ca. 1.570.000,-- Euro betragen. Dies gilt in ähnlicher Größenordnung für die anderen Kommunen im Landkreis Fulda.

Hieraus wird deutlich, warum das Land nunmehr den Kommunen über die Bürgermeister ein Beteiligungsrecht bei defizitären Kreis Haushalten eingeräumt hat und warum wir in den Kommunen konstruktiv kritisch die Entwicklung der Kreisfinanzen begleiten müssen. Wir sitzen mehr denn je finanziell in einem Boot.

Im Vorbericht des Haushaltsplanes finden Sie eine erste Vermögensdarstellung, wobei die endgültige Bewertung des Anlage- und Umlauf-Vermögens erst im Rahmen der Eröffnungsbilanz vorgelegt werden kann.

Unsere Konzern-Struktur spiegelt sich im Sonder-Vermögen des Eigenbetriebes Abwasseranlagen der Stadt Hünfeld, der Stiftung „Bornsgraben“, der Bürger- und Unternehmensstiftung, der Stiftung Schustergut, der Stiftung Bürgerhospital und St.-Elisabeth-Krankenhaus Hünfeld sowie der St.-Elisabeth-Stiftung wieder.

#### **4. Freiwillige Leistungen mit Stiftungen für die Zukunft sichern**

Die bisher nicht verwendeten Ausschüttungen der Stiftung Bürgerhospital und St.-Elisabeth-Krankenhaus Hünfeld in Höhe von rund 4 Mio. Euro sind weitgehend für Zustiftungen an die St.-Elisabeth-Stiftung, wie verabredet, in den nächsten Jahren vorgesehen.

In den letzten Tagen konnten wir bereits eine weitere private Zustiftung in Höhe von 30.000,-- Euro auf dem Stiftungskonto der Bürger- und Unternehmensstiftung feststellen.

Das macht Mut, zumal wir bezüglich der Bürger- und Unternehmensstiftung aufgrund der Belastungen bei der Erstellung des ersten doppelhaushaltlichen Haushaltes und für die Eröffnungsbilanz nicht in der Lage waren, die vorgesehene Marketing-Aktion, mit dem Ziel privater Zustiftungen zur Bürger- und Unternehmensstiftung, zu starten.

Wir wollen diesen Weg konsequent weitergehen und Anfang des kommenden Jahres die Stiftungsverfassung für eine örtliche Stiftung, bezogen auf das Museum Modern Art mit der Sammlung Jürgen Blum, vorlegen.

Daneben gibt es ja auch schon wertvolle weitere örtliche Stiftungen, wie die Ondal-Kulturstiftung und die Dr. Hans und Hildegard Medler-Stiftung, neben kleineren Stiftungen mit speziellen Aufgaben, wie die Rita und Bernard Kohlmann-Stiftung oder die Drescher-Taubert-Stiftung.

Vielleicht gelingt es dann noch, gemeinsam mit unserem Partner für das Stadt- und Kreisgeschichtliche Museum, dem Landkreis Fulda, auch diese bedeutsame kulturelle Einrichtung unserer Stadt auf eine Stiftungsgrundlage zu stellen. Das Land Hessen wirbt gegenwärtig sehr intensiv für den Stiftungs-Gedanken und unser Ministerpräsident hat diese Thematik zur Chef-Sache erklärt.

Dabei zeigt sich, dass viele Bürger, wenn Sie etwas stiften, dies für einen ganz genauen konkretisierten Stiftungszwecke verwandt sehen möchten. Hierfür möchten wir die entsprechende Plattform für die beiden Museen mit ganz unterschiedlichen Freundes- und Liebhaberkreisen schaffen. Vielleicht gibt es in den kommenden Jahren dann auch noch eine nennenswerte Einstiegs-Stiftung, um für den Sport zu einem solchen eigenständigen zusätzlichen Finanzierungs-Instrument zu kommen.

Der Magistrat der Stadt Hünfeld ist davon überzeugt, dass gerade das nächste Vierteljahrhundert auch in unserer Stadt, relativ günstige Perspektiven für Stiftungen und Zustiftungen angesichts erheblicher privater Vermögensbestände bietet.

## **5. Keine neuen Schulden**

Bezogen auf unsere Verbindlichkeiten wird sich Ende des Rechnungsjahres 2006 nicht nur keine Erhöhung, sondern sogar eine leichte Reduzierung ergeben. Der Rücklagen-Bestand wird zum Ende des Haushaltsjahres 2005 voraussichtlich 1.154.264,56 Euro betragen, und damit um knapp 800.000,-- Euro über der Mindest-Rücklage liegen. Alle vorgesehenen Investitionen werden ohne Neuverschuldung finanziert.

Der ausgewiesene Finanzmittel-Fehlbedarf des Jahres 2006 von 234.583,-- Euro kennzeichnet die Größenordnung, die nach kameralistischem Haushaltsrecht der notwendigen Rücklage-Entnahme zum Haushaltsausgleich entspricht.

## **6. Wir investieren in die Zukunft**

Das im Haushalt dargestellt Investitionsvolumen in einer Größenordnung von 4.059.010,-- Euro kann nicht ohne weiteres verglichen werden mit dem Vermögenshaushalt der letzten Jahre oder mit dem Vermögenshaushalt anderer Kommunen mit kameralistischem Haushalt. Die Beachtung der kaufmännischen Haushaltsregeln bedeuten, dass nur noch solche Maßnahmen im Vermögenshaushalt veranschlagt werden können, die bilanztechnisch auch aktivierungsfähig sind.

Im Ergebnis-Haushalt finden Sie erhebliche Ansätze für Stadtmarketing und für die Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe. Hier hoffen wir auf ergänzende Initiativen aus dem Bereich „City- und Standort-Marketing“. Der Struktur-Wandel im Einzelhandel und der erhebliche Standort-Wettbewerb erfordern große Anstrengungen. Zu dem Bereich „Standortmarketing“ gehören auch die vielfältigen kulturellen Veranstaltungen und Freizeitangebote.

Die Modernität und Leistungsfähigkeit unseres Bauhofes, der immer mehr und besser wie ein privates Unternehmen arbeitet, wird durch einen neuen LKW mit moderner Winterdienst-Ausstattung sichergestellt. Der weitere erhebliche Finanzbedarf im Bereich der Informationstechnologie verdeutlicht ein Mal mehr die Notwendigkeit, gerade auf diesem Sektor zu einer immer engeren Interkommunalen Zusammenarbeit zu kommen.

Wir werden im Laufe der nächsten Wochen und Monate auf der Ebene der Kommunen des Altkreises Hünfeld ausloten, für was die aktuelle Förderung von 200.000,-- Euro im Rahmen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit Verwendung finden soll.

Diese Fördermittel konnten noch nicht im Haushalt eingeplant werden, da wir erst klären müssen, welche Anteilsbeträge hiervon jeweils in den anderen Altkreis-Gemeinden Burghaun, Rasdorf, Nüsttal und möglicherweise auch Eiterfeld investiert werden.

Während es zum Thema „Masken- und Fastnachts-Museum“ mit Blick auf die Einzelvorlage keiner ergänzenden Ausführungen bedarf, möchte ich noch einige Anmerkungen zum ÖPNV machen. Die erneut ins Stocken geratene behindertengerechte Modernisierung unserer Bahnsteiganlagen ist mehr als ärgerlich. Hier werden wir seit Jahren hingehalten, obwohl die Prüfung der Bahnhöfe, so die Bahnhofsentwicklungskonzeption Hessen, eindeutig den dringenden Handlungsbedarf für den Hünfelder Bahnhof, bezogen auf eine barrierefreie Zuwegung und die Ausstattung, bestätigt hat.

Gleichwohl setzen wir im Rahmen unserer eigenen Möglichkeiten für den Bahnhof weitere kleine Akzente, so zum Beispiel mit den abschließbaren Fahrrad-Boxen sowie Schließfächern für Bahnpendler.

In Ergänzung der Aktivitäten der lokalen Nahverkehrsgesellschaft finanzieren wir selbst zusätzliche Verbesserungen an Haltestellen, teilweise mit einer zweiten Wartehalle, d. h. wir finanzieren Buswartehallen für den Schülerverkehr, keine Aufgabe der LNG, mit.

Ein wesentlicher investiver Bereich sind nach wie vor die Dorferneuerungsmaßnahmen für Kirchhasel und Malges.

Wir sind allerdings etwas enttäuscht über das doch deutlich reduzierte Fördertempo entgegen früheren Ankündigungen in diesem Förderbereich, insbesondere in Kirchhasel.

Erfreulich sieht es beim vorgesehenen Abschluss der Investitionen für das Stadt- und Kreisgeschichtliche Museum mit dem Umbau und der Sanierung des Hauses „Kirchplatz 8“ aus. Hier konnten wir eine Bilderbuch-Finanzierung durch Städtebaufördermittel, Leader+-Mittel und eine Zuwendung der Stiftung der Sparkasse Fulda erreichen.

Erhebliche Investitionsmittel wollen wir für die Ergänzung und Verbesserung unserer Tageseinrichtungen für Kinder einsetzen, obwohl dies für uns als kreisangehörige Stadt eine freiwillige Aufgabe darstellt.

Der größte Betrag findet sich insofern in einer ersten Teilveranschlagung in Höhe von 250.000,-- Euro für die Schaffung einer zukunftsorientierten Kinderbetreuungseinrichtung „Am Tiergarten“. Dort sollen bedarfsgerechte Angebote von der Krippe bis zum Hort, solide finanziert durch das Programm „Soziale Stadt“ und die St.-Elisabeth-Stiftung, entstehen. Die Gesamtkosten werden mit 400.000,00 Euro eingeschätzt.

Mit weiteren 100.000,-- Euro wollen wir die großen Zukunftsinvestitionen für den Campingpark Hünfeld-Praforst vorläufig abschließen. Die angestrebte Erweiterung der Feriendorfanlage Praforst wollen wir aber einem privaten Investitions-Engagement überlassen. Wir schaffen gegenwärtig hierfür das Baurecht. Neben den verschiedenen Erschließungs- und Erneuerungs-Investitionen im Bereich von Gemeindestraßen gilt es die weitgehende Rest-Finanzierung unseres Anteils am Kegelspielradweg sicherzustellen. Hierfür sind 414.000,-- Euro eingeplant. Sie werden, wie Ihnen bekannt ist, zum größten Teil mit 85 % gefördert.

## **7. Bürger und Betriebe werden weiter entlastet**

Trotz des Fehlbedarfes im Ergebnishaushalt und der drohenden weiteren Belastung über die Kreisumlage sind im Haushaltsentwurf keine Anhebungen der Steuerhebesätze vorgesehen.

Auch die Stadtwerke beabsichtigen, die Eintrittspreise im Bereich unserer beiden Bäder - Hallenbad und Freibad Haselgrund - stabil zu halten.

Vorrangiges Ziel muss es sein, und insofern unterscheiden wir uns von dem, was jetzt in Berlin passiert, zunächst alle Anstrengungen zu unternehmen, um weitere Kostenbelastungen durch weitere Einsparungen für unsere Bürger und Betriebe zu vermeiden.

Wie im vergangenen Jahr legt Ihnen heute der Magistrat parallel zur Einbringung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Abwasseranlagen einen Nachtrag zur Entwässerungs-Satzung vor. Sie sieht erneut eine Gebührensenkung vor.

Während wir im vergangenen Jahr eine Gebührensenkung beim Frischwasser-Maßstab um 0,20 Euro auf nunmehr 1,85 Euro pro Kubikmeter Frischwasser-Bezug vorschlagen konnten, können wir die Gebühr in diesem Jahr nochmals um 0,15 Euro senken. Dann beträgt in Hünfeld der Preis für einen Kubikmeter Abwasser nur noch 1,70 Euro.

Leider ist die Erweiterung der Kläranlage Hünfeld mit der Schaffung der dritten Reinigungsstufe teurer als es die Kostenrichtwerte des Landes Hessen vermuten lassen, sonst könnte die Senkung noch höher ausfallen.

Sorgenkind ist gegenwärtig im Bereich der Gebühren-Haushalte lediglich der Haushalt „Bestattungswesen“ mit einer Unterdeckung von rund 72.600,-- Euro.

Wenn es uns nicht gelingt, im kommenden Jahr zu einer Konsolidierung zu kommen, bleibt uns nur die Möglichkeit der Gebührenanpassung an die tatsächlichen Ausgaben.

Eine solche Maßnahme schreiben die Leitlinien des Landes zur Konsolidierung defizitärer Haushalte vor.

## **8. Kirchengemeinden reduzieren schrittweise ihr finanzielles Kindergarten-Engagement**

Im vergangenen Jahr hatten wir die Ablösung der Kirchbaulasten mit insgesamt rund 2,36 Millionen Euro beschlossen. Hierfür müssen wir nunmehr bis 2013 jährlich 255.420,-- Euro im Haushalt finanzieren. Hierzu erhält die Stadt Hünfeld bis 2013 jährlich eine Zuwendung des Landes in Höhe von rund 127.000,-- Euro. Leider wird diese gewaltige Kraftanstrengung nicht durch das Bistum Fulda honoriert. Im Gegenteil, wie befürchtet, wird sich nach der Evangelischen Kirche nun mehr auch die Katholische Kirche stufenweise aus ihrer finanziellen Mitverantwortung für die Kindergärten zurückziehen.

Zielmarke ist dabei mittelfristig eine reduzierte Quote von 25 % Defizit-Beteiligung, langfristig sogar von 20 % gegenüber vor wenigen Jahren noch 50 % und gegenwärtig 35 %. Dies würde dann nur noch eine Kostenbeteiligung der Kirchengemeinden an den gesamten Kosten eines Kindergartens von teilweise weniger als 10 % bedeuten.

Ob und wie lange dann noch eine Partnerschaft bei der Kindergartenträgerschaft mit den Kirchengemeinden wirtschaftlich vertretbar ist, muss sich zeigen.

Bedauerlich ist, dass man seitens des Bischöflichen Generalvikariates zwar von „Sparen im Kindergartenbereich“ redet, aber tatsächlich nur die **Kostenumlastungen** auf die politischen Gemeinden meint.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn nunmehr der letzte zusammenfassende vergleichende Bericht des Landesrechnungshofes zum Thema „Kindergärten“ ergeben hat, dass eine kirchliche Kindergartenträgerschaft für eine Kommune nicht mehr unbedingt die finanziell günstigste Lösung darstellt.

Den größten Teil der Ausgaben für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe können wir nur durch Stiftungsausschüttungen finanziell absichern. Der größte Brocken ist dabei die Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder mit 600.000,-- Euro.

Keine neuen Erkenntnisse gibt es bezogen auf das angestrebte Pilotprojekt zur Ergänzung der Betreuung an der Grundschule in Michelsrombach. Hierzu verweise ich auf meine Hinweise im Rahmen der Beantwortung der vorliegenden Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.09.2005 zum Thema „Elternbeiträge“ sowie dem Antrag der CWE-Fraktion vom 15.09.2005.

## **9. Die mittelzentralen Funktionen bewahren**

Viel Kraft kostet uns gegenwärtig die Wahrung und Festigung unserer zentralörtlichen Funktionen als Mittelzentrum.

Ich verweise insofern zunächst auf den Strukturwandel im Einzelhandel, der gerade kleine Mittelzentren besonders hart trifft. Wir wollen wir durch das sogenannte CIMA-Gutachten Hilfen für die Entscheidungen zur Zukunftsausrichtung unseres Stadtzentrums erhalten. Hierfür finden Sie, nach erfolgter positiver Klärung der Förderfähigkeit, im Rahmen der Stadtsanierung einen entsprechenden Haushaltsansatz.

Zur Bedeutung der künftigen Qualität der Außenstelle der Kreisverwaltung in Hünfeld bedarf es an dieser Stelle keiner besonderen Ausführungen. Die von der CDU eingebrachte und einstimmig verabschiedete Resolution bezieht sich auf dieses Thema.

Ich kann nur aus der Sicht des Magistrats bekräftigen: Hier geht es um eine bedeutsame Weichenstellung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt, als Mittelzentrum für das Hünfelder Land.

Falsch ist die Einschätzung, wonach dies keine Rechtsfrage sei. Der Verwaltungsgerichtshof hat eindeutig den Charakter solcher Auseinandersetzungsverträge als eine Quelle konstitutiven Rechts bestätigt. Nicht zutreffend ist es auch, wenn der Eindruck entstanden ist, der Regierungspräsident sehe insofern eine rechtlich ungebundene Gestaltungsfreiheit des Landkreises trotz bestehendem Auseinandersetzungsvertrag.

Vielmehr hatte das gemeinsame Rechtsgespräch beim Regierungspräsidenten mit den Kollegen Hohmann, Körbel und Trabert ein eindeutiges Ergebnis. Der Regierungspräsident hat die genannte Entscheidung des VGH bestätigt und seine in der Presse zitierten Rechtsausführungen unter den Vorbehalt eines Nachweises der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit durch den Kreis gestellt, bezogen auf die Forderungen der Altkreis-Bürgermeister zur zeitgemäßen Ausgestaltung der Nebenstelle.

Die klare Aussage des Regierungspräsidenten am Schluss des Gespräches lautete: „... *Bei fehlender Einigung müssen vom Landkreis Zahlen und Fakten auf den Tisch ..*“.

Nachdem aus diesem Gespräch unvollständig berichtet wurde, muss ich dies klarstellen.

Ich bin allerdings nach wie vor zuversichtlich, dass wir **gute Chancen für eine einvernehmliche Regelung** haben. Dies ist unser Ziel und dies strebt auch der neu gewählte Landrat Bernd Woide an.

Unakzeptabel ist allerdings die Stimmungsmache einiger Kreispolitiker zu diesem Thema gegen Hünfeld, verbunden mit der Klage über angebliche „Hünfelder Sonderwünsche“, obwohl diese rechtlich verbrieft sind. Hünfeld ist zudem das einzige Mittelzentrum im Landkreis Fulda.

Gleichzeitig zeigen die gleichen Politiker volles Verständnis für den Kampf des Fuldaer Kollegen Möller, bezogen auf erhebliche finanzielle Kostenentlastungen durch den Kreis für die Stadt Fulda.

Wir werden uns jedenfalls in Hünfeld und im Hünfelder Land bei unserem gerechten Eintreten für die Interessen der uns anvertrauten Menschen und Betriebe nicht und von niemandem einschüchtern lassen.

## **10. Gut Ding braucht Weile**

*Gut Ding braucht Weile*, so möchte man formulieren, bei einigen Themen, die ich noch kurz ansprechen will.

Nach wie vor, wenn auch der angestrebte Zeitrahmen nicht ganz eingehalten wurde, bin ich aufgrund aktueller Gesprächskontakte mit dem Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr zuversichtlich, dass spätestens Anfang des neuen Jahres der Planfeststellungsbeschluss für die Nordumfahrung vorliegen wird und noch Ende des nächsten Jahres der Erste Spatenstich für dieses Projekt vollzogen werden kann.

Das angekündigte Investitionspaket des Bundes stärkt diese Zuversicht und Erwartung.

Zur Erreichung des privaten Investitionsprojektes „*Fachpflegeheim für Schädel-Hirn-Verletzte*“ stehe ich in Verhandlungen mit der Hessischen Sozialministerin. Hier geht es um eine Gleichbehandlung mit sonstigen Pflegeeinrichtungen, bezogen auf die Erlangung öffentlicher Zuschüsse.

Gegenwärtig haben wir eine ungleiche Förderpraxis hinsichtlich gemeinnütziger und sonstiger freier Träger mit der Folge einer Wettbewerbs-Verzerrung. Diese gilt es auszuräumen.

Bezogen auf die Rettung unseres, beinahe hätte ich gesagt „*Lebens-Elixiers*“, Aha Excelsior, habe ich bereits am 11.11. berichtet und auch gedichtet. Zudem kann ich hierzu auf die besondere Vorlage verweisen.

Ich bin zuversichtlich, die närrische Kampagne 2005 / 2006 wird die noch vorhandenen Zweifler davon überzeugen, unbeschadet der Rechtsproblematik „wirtschaftlicher Betätigung“, sind unsere Bemühungen, gemeinsam mit der Stadt Schlitz, im aufgezeigten Sinn richtig.

Aha Excelsior verkörpert mehr, als ein Stück Stadtgeschichte und Stadtromantik. Er ist mehr als ein Kultgetränk für Gaalbern. Es geht hier um ein Stadtmarketing-Instrument, zumal gegenwärtig originäre Regionalprodukte immer seltener werden. Was ist denn noch von typischen Hünfelder Produkten übrig geblieben?

## **11. Es gibt weitere gute Entwicklungschancen für die Stadt Hünfeld**

Es ist höchst erfreulich, dass Hünfeld in den letzten 12 Monaten noch einmal einen Einwohnerzuwachs verzeichnen konnte.

Insgesamt können wir bereits jetzt auf ein höchst erfolgreiches Jahr zurückschauen. Die Schule für Praktisch Bildbare hat den Schulstandort Hünfeld abgerundet. Unser Freibad Haselgrund hat zum 50. Geburtstag mehr als ein neues Outfit erfahren. Im nächsten Jahr werden wir über die Stadtwerke noch das Kinder-Planschbecken und den unteren Eingangsbereich erneuern.

Wir haben zwei tolle Bäder in unserer kleinen Stadt und neben dem Hallenbad nun das hochattraktive Konrad Zuse Hotel. Die Bundespolizei am Molzbacher Berg investiert ständig in ihren Zukunftsstandort Hünfeld und die Justizvollzugsanstalt mit über 200 zukunftssicheren Arbeitsplätzen wird am 7. Dezember 2005 eingeweiht, 5 Tage davor die Immobilie F.C. Aha mit dem Beihilfe-Dezernat des Regierungspräsidiums Kassel mit 80 Arbeitsplätzen.

Unsere Stadtteile zeigen sich durchgängig in einem ausgezeichneten Zustand und im kommenden Jahr werden wir durch die zwei zusätzlichen attraktiven Neubaugebiete „Auf der Almet“, oberhalb der Seefläche Haselgrund und „Am Tiergarten“ unsere Position bei dem Wettbewerb um Einwohner weiter stärken.

Es wäre schön, wenn unsere schon jetzt sehr gute touristische und kulturelle Infrastruktur als Mittelzentrum im Biosphärenreservat Rhön durch das Preussler Masken- und Fastnachtmuseum abgerundet werden könnte.

Mit Hochdruck arbeiten wir inzwischen auch an einer sinnvollen Umsetzung der in den kommenden Jahren anstehenden Kanalerneuerung in Straßen, die weitgehend 30, 40 Jahre und älter sind. Bei einem großen Teil davon wird es wirtschaftlich und finanziell, sowohl im Interesse der Stadt, als auch der Anlieger, sinnvoll sein, wenn dann auch jeweils die Straßenoberfläche gleich mit erneuert wird. Das gesamte Investitionsvolumen, was wir nun im Abwasserbereich für die nächsten 5 bis 6 Jahre auf den Weg gebracht haben, beläuft sich auf der Basis von Kostenrichtwerten des Landes Hessen auf rund 8,0 Mio. €. Davon entfallen auf Kanalerneuerungsmaßnahmen in Straßen ca. 4,8 Mio. Euro.

Um diese Straßen, die für die Kanalbaumaßnahmen geöffnet werden müssen, gleichzeitig ganz zu erneuern, müssen dann noch ca. 3,62 Mio. Euro investiert werden.

Sollte es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland kommen, werden wir alle sich bietenden Chancen nutzen, um unsere Industrie- und Gewerbeflächen zu vermarkten.

Unser Städtchen ist nach wie vor gekennzeichnet von einer positiven Entwicklungsdynamik, die ohne ein ergänzendes breites bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement in dieser Form bei unserer relativ kleinen Verwaltung nicht leistbar wäre.

Neben den gewählten kommunalen Verantwortungsträgern, neben den vielen Vereinen und Verbänden, die wertvolle Arbeit leisten, haben wir inzwischen nicht nur die Beauftragten für den Stadtmarketingbereich oder für das Biosphärenreservat Rhön, wir haben mit der Standortinitiative Hünfeld eine zusätzliche Chance.

Dies macht zuversichtlich bei allem, was uns an Problemen, Aufgaben und Herausforderungen in den nächsten Jahren bevorsteht.

Dank moderner Verwaltungsstrukturen, Dank unseres „kleinen Konzerns Stadt Hünfeld“, Dank eines sehr umfangreichen Kennziffernsystems, nun ergänzt durch den ersten doppelhaushalt und der dadurch gegebenen hohen Transparenz, aber auch Dank eines intakten großartigen Bürgerengagements in vielen Bereichen, hierzu gehören auch private Investitionen wie das Konrad Zuse Hotel oder die Immobilie F.C. Aha, wird sich unsere Stadt Hünfeld auch im Jahr 2006 erfolgreich weiter entwickeln.

Danke sage ich an dieser Stelle auch allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im „kleinen Konzern Stadt Hünfeld“. Ich bitte weiterhin um Ihre engagierte Unterstützung, damit unsere Stadt Hünfeld zukunftsfähig bleibt.